

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) will „verstärkt auf Menschen zugehen“, „die sich als ‚Wendeverlierer‘ fühlen“. Die SPD als Anwältin ostdeutscher Interessen? Da habe ich meine Zweifel, aus vielen Gründen. Ein Beispiel: Die SPD ist maßgeblich dafür mitverantwortlich, dass es erst nach 35 Jahren ein gesamtdeutsches Rentensystem geben soll. Anders als uns stört es sie auch nicht, dass die ostdeutschen Einkommen dann bei der Rentenberechnung nicht mehr hochgewertet werden, obwohl sie strukturell niedriger sind als die westdeutschen. So zahlen die künftigen Ost-Rentnerinnen und -Rentner die Zeche.

Apropos Zeche: Ehemaligen Bergleuten in der DDR-Braunkohleveredlung widerfährt besonderes Rentenunrecht. Ihnen hat Köpping versprochen, sich in Berlin zu kümmern – draus geworden ist nichts. Als wir im Landtag Gerechtigkeit einforderten, lehnte auch die SPD ab, die Ministerin verließ vor der Abstimmung den Saal. Wir hatten verlangt, dass die sächsische Landesregierung in Berlin für die Bergleute-Betriebsrenten streitet. Die Antwort von der Koalition: Man könne nichts machen, schließlich haben CDU und SPD im Bundestag abgelehnt, als die LINKE die Rentenzahlung beantragte. Was für eine merkwürdige, duckmäuserische Haltung!

„Wendeverlierer“ fühlen sich nicht nur als solche, sie sind es. Es geht nicht um Einzelfälle – die Ostdeutschen werden seit Jahrzehnten systematisch benachteiligt. Ich kann auch die SPD nur an ihren Taten messen und erwarte deshalb von Frau Köpping, dass sie diese Benachteiligung aufarbeiten lässt. Die Staatsregierung sollte dann im Bundesrat aktiv werden. So würden wir es machen, wenn wir in Sachsen die Mehrheit hätten!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Gerechtigkeit für Ost-Bergleute!

Ob in der Nickelhütte Aue oder im Braunkohleveredlungswerk Espenhain: Wer zu DDR-Zeiten Rohstoffe verarbeitete, war oft Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Deshalb waren diese Bergleute, die über Tage tätig waren, ihren Kollegen unter Tage gleichgestellt. Sie erhielten eine Zusatzversorgung, zahlten in die Sozialversicherungskasse ein, um eine Zusatzrente zu erhalten. In der Bundesrepublik gilt diese Gleichstellung nicht – mit schlimmen Folgen: Denn die Rentenansprüche wurden nicht ins gesamtdeutsche Rentensystem übertragen. Bergleuten, die nach 1997 in den Ruhestand gingen, wurde ihre Zusatzrente gestrichen. Wer schon mit 60 aufhören musste, verlor wegen der Abschlüsse zusätzlich einen empfindlichen Teil seines Rentenanspruchs.

Seit Jahren streiten die Betroffenen um ihr Recht. Sachsens Regierung könnte über den Bundesrat dafür streiten, dass die ehemaligen Braunkohleveredler den untertägigen Bergleuten gleichgestellt werden und ihre Zusatzrente noch bekommen, und zwar rückwirkend. Das forderte die Linksfraktion im Landtag (Drucksache 6/8131). Außerdem soll geprüft werden, ob noch anderen Gruppen ehemaliger Bergleute Rentenunrecht widerfährt.

Für **Susanne Schaper, Sozialpolitikerin der Linksfraktion**, ist es unerträglich, dass „die Lebensleistung dieser Menschen auch im 27. Jahr der Einheit nicht gewürdigt wird“. Sie verwies auf die sächsische Ministerin Petra Köpping (SPD), die der Bergleute-Solidargemeinschaft in Espenhain zugesagt hatte, ihr Anliegen nach Berlin zu tragen. Schließlich sieht Köpping es als „demütigende Nachwende-Ungeerechtigkeit, die dringend beseitigt werden muss“. Als die Bundestags-Linksfraktion im Januar beantragte, den Bergleuten ihre Rente rückwirkend mit 60 Jahren abschlagsfrei zu gewähren, stimmte jedoch auch die SPD dagegen. „Der Antrag wurde nur abgelehnt, weil man weitere Ausnahmen fürchtete. Denn die Bergleute sind nicht die Einzigen, die um ihre Rentenansprüche aus DDR-Zeiten kämpfen“, kritisiert Schaper. Auf Bundes- und Landesebene kämpfen die Linksfraktionen für weitere Benachteiligte: Geschiedene, Balletttänzerinnen, Krankenschwestern, Beschäftigte von Reichsbahn und Post. „Wie Bund und Land auf Zeit spielen, wohl in der Hoffnung, dass sich das Problem von selbst löst, ist ein Skandal.“ Die Betroffenen seien keine Härtefälle, auch kein Fall für Hilfsfonds, die CDU und SPD im Wahljahr in Aussicht stellen. „Sie haben eingezahlt und Ansprüche eingeworben. Es geht schlichtweg um ihr Recht!“

Dr. Jana Pinka, Mineralogin und in der Linksfraktion für Ressourcenpolitik zuständig, pflichtete bei. Sie forderte, auch für andere Beschäftigtengruppen zu prüfen, ob ihnen die Bergmannsrente zu Unrecht vorenthalten wird. Das betreffe zum Beispiel die Beschäftigten jener Freiburger Betriebe, die in der Erzaufbereitung tätig waren, oder Bergleute, die Folgeschäden sanieren. „Als Naturwissenschaftlerin, die viele Jahrzehnte auch

Braunkohle, Flussspat oder Metalle gewann, eine Bergmannsrente erhält – nicht jedoch der andere Bergmann, der unter denselben widrigen und gesundheitsschädlichen Bedingungen den Bergbau nach Braunkohle, Flussspat oder Metallen möglicherweise erst Jahrhunderte später in bergmännischer Tätigkeit saniert hat.“

Redner der Regierungsseite flüchteten sich in den Hinweis, dass es eben



Braunkohleveredlungswerk Espenhain.
Bundesarchiv, Bild 183-1990-0713B-021 / Grubitzsch (geb. Raphael), Walltraud / CC-BY-SA 3.0

untertage gearbeitet hat, begegnet man jedem Bergmann mit Respekt – sei es dem Hauer im tiefen Kupferschieferbergbau oder dem Steiger im Ortsbruch im oberflächennahen Altbergbau. Was niemand erklären kann: Warum der eine Bergmann, der beispielsweise untertägig Rohstoffe wie

schwierig sei, die Rentenansprüche „überzuleiten“. Allerdings muss man vermuten, dass die Regierenden diese Überleitung gar nicht wollen – denn seit 27 Jahren hat sich nichts getan.

Der „sozialpolitische Sprecher“ der CDU, Alexander Krauß, bemühte sich, vom Thema abzulenken – etwa mit der Behauptung, es habe in der DDR „flächendeckend Altersarmut“ gegeben. Unser Einsatz für die Bergleute sei auch nicht glaubwürdig, weil wir das Ende der Braunkohleverstromung forderten und damit die Arbeitsplätze im Kohlebergbau abschaffen wollten. Er verschwieg, dass es uns im Gegenteil darum geht, diese Arbeitsplätze auch nach dem absehbaren Kohleausstieg – unserer Prognose nach bis 2040 – zu erhalten. Wir wollen schon jetzt beginnen, Nachfolgebeschäftigung etwa im Bereich nicht-fossiler Energieträger zu organisieren. Die CDU aber verschließt die Augen vor dem Strukturwandel, riskiert den Strukturabbruch. So unterstützte sie, wie die SPD, auch nicht den Antrag, Gerechtigkeit für die sächsischen Bergleute zu schaffen.

Von den über 600 Mitgliedern der Solidargemeinschaft Borna-Espenhain lebten 2014 nur noch 383. Auch Sachsen braucht schnell andere politische Mehrheiten!



Fall al-Bakr: Innenminister Ulbig muss gehen!

Die Februarsitzung war nicht leicht für Innenminister Markus Ulbig und Justizminister Gemkow (beide CDU). Sie mussten Stellung nehmen zu Versäumnissen der Sicherheitsbehörden im Fall des Terrorverdächtigen Al-Bakr. Der entkam am 8. Oktober 2016 einem Polizeieinsatz in Chemnitz, wurde dann in Leipzig von syrischen Landsleuten ausgeliefert und anschließend im Gefängnis nicht am Suizid gehindert. Eine Regierungskommission unter Leitung des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Herbert Landau hat die Geschehnisse nun aufgearbeitet – und kommt zu alarmierenden Ergebnissen.

So fehlte im Landeskriminalamt (LKA) ein angemessener Einsatzführungstab. Trotz klarer Ansagen von der Bundesebene ging der Einsatzführer davon aus, dass lediglich ein eventuell bewaffneter Mann festzusetzen sei. Das Angebot, Spezialeinheiten zu schicken, wurde abgelehnt. Zudem behinderten Kommunikationsdefizite die Festnahme. Nach einem Warnschuss des SEK vermutete der Einsatzleiter, dass Al-Bakr wieder in der Wohnung sei, weshalb keine Großfahndung eingeleitet wurde; Al-Bakrs offizielle Bleibe in Eilenburg wurde erst Stunden später durchsucht, weil Personal fehlte. Den Fahndungsauftrag übersetzte man erst nach 28 Stunden ins Arabische. Die Justizvollzugsanstalt Leipzig traf Al-Bakrs Einlieferung unvorbereitet. Das alles schreit nach Konsequenzen. Der Kommissionsbericht umfasst 200 Seiten, die Verschlussache sind. Nach der Lektüre ist für die Linksfraktion klar: LKA-Chef Michaelis und Innenminister Ulbig (CDU) müssen gehen!

LINKEN-Innenexperte Enrico Stange befand: „Wir haben mehr Glück als Verstand und Können gehabt. Denn trotz des desaströsen Polizeieinsatzes konnte der Terrorverdächtige seine Planung nicht umzusetzen.“ Er dankte den Beamten, die „unter schlechten Bedingungen einen schwierigen Job gemacht haben“, und den Syrern, die Al-Bakr festsetzten. Der Bericht der Landau-Kommission sei hochwertig. Ihn interessiere, warum die Polizei nicht auf Terrorlagen vorbereitet ist. Wer wie Ulbig eine „Kultur der Verantwortlichkeit“ wolle, dürfe zur eigenen Verantwortung nicht schweigen. Der Innenminister habe nicht gesagt, was er gegen die Terrorgefahr unternommen hat. Der Al-Bakr-Einsatz sei „der Lackmusktest“ gewesen, der gezeigt habe, dass es nicht einmal eine Konzeption gibt. Stattdessen würden die Folgen des Personalabbaus sichtbar. Ulbig verfallt in Aktionismus: Künftig sollen Anti-Ter-

ror-Einsätze von den Polizeidirektionen statt vom LKA geführt werden. Dabei sei nicht belegt, dass die das könnten. Und beim neuen „Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum“ sei unklar, ob es alle Aufgaben – die Abwehr politisch motivierter Kriminalität und Terrorismus jeder Couleur – erfüllen kann. LKA-Chef Michaelis habe „Führungsschwächen zugelassen“ und solle gehen. „Allerdings endet die Verantwortung der Staatsregierung damit nicht. Die Polizei braucht den konzeptionellen, personellen, strukturellen und operativen Neustart. Sie, Herr Ulbig, haben den Problemberg seit 2009 wachsen lassen. Sie sollten um Entlassung ersuchen.“

Zu den Versäumnissen im Justizbereich sprach der **LINKEN-Rechtspolitiker Klaus Bartl**. Über die Terrorgefahr sei „viel schwadroniert“ worden. „Als es nun zum Treffen kam, haben herkömm-

liche Handlungs- und Reaktionsmuster zu Teilen jämmerlich versagt.“ Bedenke man, welche Erkenntnisse zu Al-Bakr vorlagen, sei unverständlich, dass die Bundesebene nicht Ermittlungen übernommen hat. Allerdings: „Wir haben uns bei der Fehleranalyse zuallererst an die eigene ‚Landesnose‘ zu fassen“. Die Mitschuld der CDU-geführten Staatsregierungen sei klar: Anstatt auf die „gefährlicher werdende Kriminalitätsbedrohung und sich radikalisierte Täterpersönlichkeiten“ zu reagieren, „machten sie Justiz und Polizei zum Terrain einer überambitionierten Sparpolitik“. Nun arbeiteten die Justizvollzugsbediensteten am Limit. „Wer aber ackert wie der Hamster im Laufrad, Krankheitstage der Kollegen kompensieren und unzählige Überstunden leisten muss, dem fehlt es an Nerven und Zeit, um Terrorverdächtige richtig einzuschätzen“. Nachbesserungen beim Personal, die der Justizminister erstreiten konnte, reichten nicht.

Was tun? Die Linksfraktion unterstütze manche Empfehlungen der Landau-Kommission, etwa die, mehr Personal mit Migrationshintergrund für die Justizvollzugsanstalten zu gewinnen. Es sei auch gut, wenn Dolmetscher und Psychologen länderübergreifend kooperierten. Abzulehnen sei aber die Videoüberwachung von Gefangenen, die Grundrechte abbaue und ein „fataler Kotau vor dem Terrorismusproblem“ wäre, so Bartl. Auch müssten Geheimdienste und Polizei getrennt bleiben, das sei auch eine „Erfahrung aus der demokratischen Wende von 1989“.

Die Aufarbeitung ist längst nicht vorbei.



„Rasse“ raus aus der Verfassung!

Wir leben in polarisierten Zeiten, erleben teils hasserfüllte Konflikte. Der Freistaat muss reagieren – der Rahmen dafür ist die Verfassung. Mit unserem „Gesetz für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben“ (Drucksache 6/8130) wollen wir sie dafür auf den neuesten Stand bringen.

Wir wollen einen neuen Artikel einfügen, der festlegt: „Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei, friedlich und tolerant gelöst werden können.“ Zu dieser Richtschnur kommt die klare Ansage, was verfassungswidrig ist: alle Handlungen, die „geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Menschen zu stören“, die „rassistisches, fremdenfeindliches, antisemitisches und nationalsozialistisches Gedankengut wieder zu beleben, neu zu beleben und zu verbreiten“ suchen. Der Freistaat soll künftig alle fördern, die sich für den inneren Frieden einsetzen. Die Zeiten, in denen die CDU zivilgesellschaftliches Engagement kritisch beäugt oder nach dem Motto „Der Feind steht links“ unter Generalverdacht stellt, sollen vorbei sein.

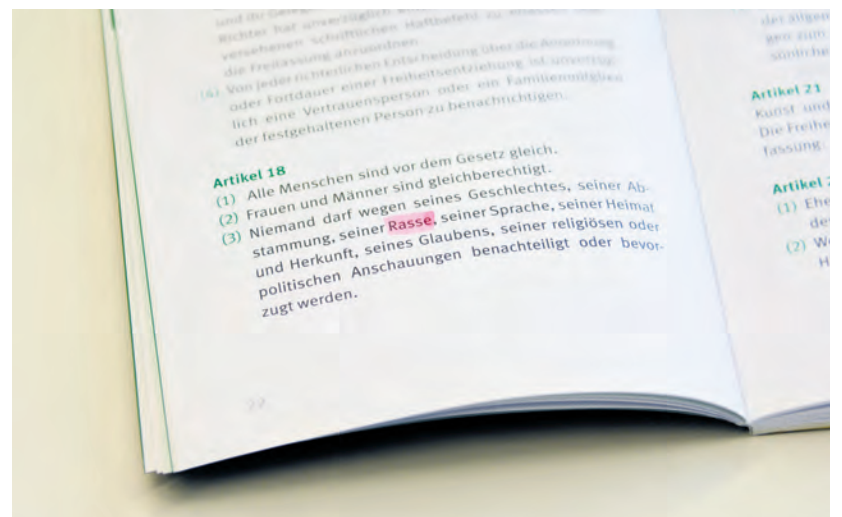
Unsere Verfassungsänderung soll ein zweites Ziel erreichen. Wir wollen das Wort „Rasse“ streichen. Der Verfassungstext soll stattdessen von „rassistischer Benachteiligung“ und „rassistischen Gründen“ sprechen. So wird die Abwertung ganzer Menschengruppen geächtet, ohne die Annahme hinzunehmen, dass es „Menschenrassen“ gebe. Das Deutsche Institut für Menschenrechte argumentiert, dass die Verwendung des Begriffs „Rasse“ das faschistische Konzept von „menschlichen Rassen“ als akzeptabel erscheinen lässt. „Der Begriff der ‚Rasse‘ ist keiner vernünftigen Interpretation zugänglich. Er kann es auch nicht sein, da jede Theorie, die auf die Existenz unterschiedlicher menschlicher ‚Rassen‘ abstellt, in sich rassistisch ist“, so Instituts-Mitarbeiter Dr. Hendrik Cremer. Worte schweben nicht frei im Raum umher. Sie stehen für ein bestimmtes Denken, das in Handeln gerinnt.

LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt erinnerte an die Verfassungsdebatte der letzten Wahlperiode. Damals einigten sich Vertreter von Regierung und Opposition darauf, zunächst die Finanzverfassung zu ändern. Ein Punkt war die „Schuldenbremse“; die Linksfraktion setzte

gleichzeitig durch, dass im Landeshaushalt das Prinzip des sozialen Ausgleichs geachtet werden muss. Danach, so die fraktionsübergreifende Verständigung, sollten weitere Verfassungsänderungen folgen. Allerdings hat die CDU ihr Wort gebrochen; Fraktionschef Frank Kupfer weigert sich, überhaupt zu verhandeln. Gebhardt hielt ihm seine Sturheit vor: „Sachsen hat durch Menschenfeindlichkeit erheblichen Schaden genommen. Ein Signal von Verfassungsrang gegen diese antihumanen Fehlentwick-

lungen stünde unserem Land gut zu Gesicht. Dies stärkt zugleich all denen den Rücken, die täglich für Menschlichkeit und Mitgefühl Gesicht zeigen“.

Der Gesetzentwurf wurde in die Ausschüsse überwiesen. Die CDU-Fraktion konnte sich nicht einmal durchringen, dieser Überweisung zuzustimmen, obwohl damit keine inhaltliche Bewertung verbunden ist. Wir sind nun gespannt auf die Debatte und die Argumente der Regierungskoalition!



Die Neunziger klopfen an

Sachsen hat ein Problem. Es ist „chronisch und akut zugleich“ und „größer, als es die NPD je war“. Die Rede ist von der extremen Rechten, die Einschätzung stammt von **Kerstin Köditz, Expertin der Linksfraktion für die extreme Rechte**. Sie sieht eine „verschärfte Gewaltdynamik“ und weist auf die Ergebnisse einer Großen Anfrage der Linksfraktion (Drucksache 6/6532), die Thema im Parlament war. Sie liefert erschreckende Befunde. Mehr als zehntausend rechtsmotivierte Straftaten sind dokumentiert. Statistisch gesehen wurden zwischen 2011 und Mitte 2016 an jedem Tag fünf rechtsmotivierte Delikte verübt. 2015 waren es täglich fast sieben. Keine andere Straftat, von wem sie auch verübt werden mag, macht das weniger schlimm. Diese Zahlen umfassen freilich nur jene Taten, die erkannt und der rechtsmotivierten politischen Kriminalität zugeordnet werden konnten – die Dunkelziffer liegt höher.

Die extreme Rechte bedroht die öffentliche Sicherheit, vor allem Andersdenkende, Andersaussehende, Andersliebende. Parteiverbote helfen da nicht, auch keine Debatten über die staatliche Parteienfinanzierung etwa der NPD. Mit Parteien wie „Der III. Weg“ und „Die Rechte“ stehen neue Gruppierungen bereit. Auch Verbote militanter Naziorganisationen eilen der Entwicklung oft nur hinterher. Die der „Skinheads Sächsische Schweiz“ im Jahr 2001 und der Kameradschaft „Sturm 34“ im Jahr 2004 zählen noch zu den erfolgreicheren Maßnahmen. Die „Nationalen Sozialisten Döbeln“ verbot man 2013 erst, als sie nicht mehr relevant waren; die „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ blieben vor ihrem Verbot 2014 jahrelang unbehelligt. „Das Verbot einer Gruppierung richtet weder gegen die Ideologie etwas aus noch gegen die gefestigten

Netzwerke, deren Anhängern es egal ist, unter welcher Bezeichnung sie auftreten“, meint Köditz.

Oft behaupten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, angereiste Störer seien für rechte Umtriebe verantwortlich. Das lässt sich allerdings nicht nachweisen. Die Probleme sind „hausgemacht“, regionale Schwerpunkte erkennbar, darunter Dresden und Leipzig sowie der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Dort existiert eine hochorganisierte rechte Szene. „Die extreme Rechte ist selbstbewusst. Sie sucht die Konfrontation. Es ist offenbar nicht gelungen, Hochburgen der extremen Rechten, in denen Angsträume geschaffen wurden, zu befrieden“, so Köditz. „Die Neunziger Jahre klopfen an! Wir sind gut beraten, naive Fehler nicht zu wiederholen, als die Tür geöffnet und das Thema systematisch kleingeredet wurde“. Die Staatsregierung müsse ein Gesamtkonzept vorlegen, mit dem die extreme Rechte zurückgedrängt wird. Auf das Landesamt für Verfassungsschutz sei dabei

aber kein Verlass, wie etwa dessen Umgang mit der neurechten „Identitären Bewegung“ zeige. Vier Jahre lang prüfte man die eigene Zuständigkeit, bevor man die Beobachtung aufnahm. Auf Fragen der Linksfraktion konnte man aber nur mitteilen, wo Ortsgruppen aktiv sind. Das allerdings steht im Internet. Dazu braucht man keinen Inlandsgeheimdienst.

Köditz forderte, die extreme Rechte zu entwapfen. Seit 2011 überprüfte der Verfassungsschutz lediglich 100 amtsbekannte Neonazis, gestrichen wurden waffenrechtliche Erlaubnisse nur in drei Fällen. Zivilgesellschaftliche Projekte, insbesondere die Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt, müssten kontinuierlich sicher finanziert werden. Und das neue „Polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum“ dürfe die Aufgaben des bisherigen Operativen Abwehrzentrums im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht vernachlässigen. Sachsen hat ein Problem. Die CDU-geführte Staatsregierung muss endlich anfangen, es zu lösen.



Bild: DIE LINKE Baden-Württemberg

Nicht revolutionär, nur menschlich

Trumps Ankündigung, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten, sorgt in Europa zu Recht für Empörung. Viele Kritiker sind wenig glaubwürdig, weil sie nicht jene „Wassermauer“ kritisieren, die Europa abschirmt: das Mittelmeer. Beim Versuch, es zu überwinden, lauert der Tod. 2016 ertranken fünftausend Männer, Frauen, Kinder. Europas „Badeteich“ ist ein Massengrab. Die Profiteure sind Schlepperbanden, die ein Vermögen schöpfen, weil es keine legalen Fluchtwege gibt.

Selbst wer es ans Ufer schafft, ist dem Elend nicht entkommen. In den Aufnahmelagern in Italien und Griechenland herrschen unerträgliche Zustände, vor allem für Kinder, ältere Menschen und Kranke. Viele leben in Zelten oder Industrie- und Lagerhallen ohne Heizung oder ausreichende sanitäre Anlagen; Wasser, Lebensmittel und medizinische Versorgung sind knapp. Die Zahl der Todesfälle steigt.

Sachsen allein kann nicht erreichen, dass die Geflüchteten in Europa solida-

risch verteilt werden. Das EU-Umsiedlungsprogramm vom September 2015 ist gescheitert. Es sollte 160.000 Geflüchtete aus Griechenland und Italien in die EU bringen – bis Ende Januar 2017 hatte Deutschland aber nur 1.831 Personen auf diesem Wege aufgenommen. Die mehr als 25.000 freien Plätze sollten genutzt werden, um Menschen aus den Lagern zu holen. Auch Sachsen könnte ein Kontingent bereitstellen, besonders Schutzbedürftige aufnehmen – und jene, deren Verwandte schon hier leben. Eine solche „humanitäre Initiative“ hat die Linksfraktion im Landtag gefordert (Drucksache 6/8128). In Sachsen kommen inzwischen viel weniger Menschen an, im letzten Jahr waren es knapp 15.000 – 2015 lag die Zahl noch bei knapp 70.000. Dementsprechend gibt es genug Platz in den Erstaufnahmeeinrichtungen; der Betrieb mancher Häuser ist ohnehin noch für Jahre vertraglich vereinbart.

Juliane Nagel, Sprecherin für Migrations- und Flüchtlingspolitik, kritisierte europäische Abschottungs-

maßnahmen wie die Schließung der Balkan-Route und den Deal mit der Türkei. „Diese Politik kostet Menschenleben. Die Gründe, die Menschen zur Flucht zwingen, sind in den letzten Jahren nicht weniger geworden. Die Zahl der weltweit Flüchtenden steigt weiter. Währenddessen nehmen die am wenigsten entwickelten Staaten das absolute Gros an Geflüchteten auf. Aber die reiche EU schottet sich weiter ab.“ Der Antrag der Linksfraktion sei „nichts Revolutionäres. Wir drängen nur darauf, den Menschen zu helfen, die in den Mittelmeer-Anrainerstaaten vor sich hin vegetieren.“ Dem Königsteiner Schlüssel entsprechend könnte das Sachsen insgesamt 1.350 Menschen Schutz bieten. „Sagen Sie nicht, dass der Freistaat nicht in der Lage wäre, dieser Zahl von Menschen über zwei Jahre Zuflucht zu bieten“, so Nagel in Richtung der Regierungskoalition, die sich dem Anliegen verweigerte.

Konsequenterweise müssten CDU und SPD nun auch aufhören, sich über Trumps Mauerpläne zu empören.

Komm' mit mir ins Lehrermangel-Land,

... dort darfst Du selbst entscheiden, wo Dein Kind zur Schule gehen soll, ja, sag mal, find'st Du das nicht toll? In Abwandlung eines PUR-Titels könnte man so die jüngste „Großtat“ zusammenfassen, derer sich Sachsens CDU-SPD-Koalition rühmt: die neue „Bildungsempfehlung“.

Bisher war dieselbe weniger eine Empfehlung als eine Vorgabe, die Bildungswege eröffnet oder verschlossen hat – mit allen Folgen für das spätere Leben der zehnjährigen Aussortierten. Diese Praxis widersprach dem in der Verfassung garantierten Elternrecht, über die Bildung ihrer Sprösslinge zu entscheiden. Zu dieser Erkenntnis gelangte die Regierung nicht selbst – Eltern mussten sich ihr Recht einklagen. Ein Urteil des Sächsischen Obergerichtes machte nun gesetzgeberische Schritte nötig.

Ein Vierteljahrhundert lang hatten Eltern nicht das letzte Wort darüber, ob ihr Nachwuchs aufs Gymnasium oder auf die Oberschule gehen soll. Nun entscheiden laut Schulgesetz, die Eltern auf Empfehlung der Schule.“ Gleichwohl wurden Hürden auf dem Weg ans Gymnasium errichtet: Leistungsfeststellungen, verpflichtende Gespräche, enge Fristen.

Eine zweite Regelung könnte diesen Fortschritt für viele allerdings wieder aufheben: „Über die Aufnahme an eine Schule entscheidet [...] der Schulleiter im Rahmen der verfügbaren Ausbildungsplätze.“ Die Eltern dürfen also die Schulart festlegen – bei der Wahl der Schule selbst können sie allerdings am Lehrermangel scheitern, der in Sachsen regional und nach Schularten unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Schon jetzt wird befürchtet, dass die Gymnasien aufgrund vieler Anmeldungen aus allen Nächten platzen, vor allem in Dresden und Leipzig. LINKEN-Bildungsexpertin Cornelia Falken hat deshalb das Kultusministerium aufgefordert, diese Schulstandorte gezielt zu unterstützen.

Die neue Bildungsempfehlung beseitigt auch nicht das Grundproblem des sächsischen Schulwesens, so Falken: „Die Entscheidung, für Schüler in der vierten Klasse den Bildungsweg festzuschreiben, fällt viel zu früh. Kinder werden nach Notendurchschnitten, nach Leistungen sortiert – mit zehn Jahren!“ Diese Schulstruktur stammt aus dem Jahr 1919. Die Linksfraktion fordert deshalb, dass an sächsischen Schulen länger gemeinsam gelernt wird – mindestens bis zur Klasse 8.

Das wäre wirklich toll.



Plenarspiegel

Februar 2017

Die 48. und 49. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 01.02.2017 und 02.02.2017 statt.

Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Jahrelange Benachteiligung Ostdeutschlands bei den Strom-Netzentgelten beenden – Energiewende nicht länger gefährden. Strompreise runter“

Gesetzesentwürfe

„Gesetz über die Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme im Freistaat Sachsen und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (Drs 6/4865), dazu Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs 6/8290) zur Beschlussempfehlung des Innenausschusses

„Gesetz für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in einem weltoffenen Sachsen“ (Drs 6/8130)

Anträge

„Gerechtigkeit für sächsische Bergleute herstellen!“ (Drs 6/8131)

„Dringende humanitäre Initiative aus Sachsen – Solidarische Verteilung und Selbstverpflichtung Sachsens bei der Umverteilung Geflüchteter aus Aufnahmelagern in Italien und Griechenland“ Drs 6/8128

Große Anfrage

„Die Entwicklung der extremen Rechten in den Landkreisen und Kreisfreien Städten des Freistaates Sachsen und Maßnahmen zur Zurückdrängung des Problems“ (Drs 6/6532), dazu Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs 6/8350)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Osten entlasten: Netzentgelte einheitlich regeln!

Auch 2017 werden die Strompreise steigen. Weshalb eigentlich, und wie setzt sich der Strompreis zusammen? Ende 2016 bestand er zu sechs Prozent aus Konzessionsabgaben für das Verlegen von Leitungen; zu sieben Prozent aus der Strom- und zu 16 Prozent aus der Umsatzsteuer. 21 Prozent beruhen auf den Erzeugungskosten, 22 Prozent auf der Umlage gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Mit fast 25 Prozent waren Netzentgelte der größte Posten. Ostdeutsche Verbraucherinnen und Verbraucher werden dabei benachteiligt: Bei einem Durchschnittspreis von 28 Cent pro Kilowattstunde waren die Netzentgelte im Bundeschnitt für sieben Cent „verantwortlich“, in Sachsen für bis zu neun Cent. Ein Vier-Personen-Haushalt mit 4.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch zahlt so im Jahr 150 Euro mehr als ein vergleichbarer Haushalt in Bremen. Die Bundesregierung hatte versprochen, die Netzentgelte einheitlich zu regeln. Das ist aber vom Tisch. Die Linksfraktion brachte das Thema in den Landtag.

Was steckt dahinter? Der **Energie-Experte der Linksfraktion, Marco Böhme**, erklärt: In Ostdeutschland wird mehr Strom produziert als verbraucht, schon wegen der Kohleverstromung. Überschüsse werden in andere Landes- teile exportiert, den Transport bezah-

len die Stromkunden mit – über die Netzentgelte. Im Osten sind sie höher, weil hier schon mehr Ökostromanlagen gebaut, Netze modernisiert wurden. In Westdeutschland steht das noch bevor. Wenn sich nichts ändert, wird der Osten dann für die Energiewende „bestraft“: Denn die Netzentgelte würden nicht sinken, obwohl der Netzausbau geschafft ist, und der Ausbau im Westen würde vom Osten mitbezahlt, nachdem man dort lange von den hiesigen Stromexporten profitiert hat.

Auch für **Nico Brünler, Sprecher für Wirtschaftspolitik**, ist das eine Gerechtigkeitsfrage für den Osten. „Höhere Kosten beim Produktionsfaktor Energie müssen kompensiert werden. Wenn man unterstellt, dass keine höheren Preise durchsetzbar sind und Rohstoffkosten auf dem Weltmarkt determiniert sind, dann bleiben nur die Löhne“. Zudem würden nicht nur Privathaushalte durch zu hohe Netzentgelte belastet, sondern auch Unternehmen: Es sei betriebswirtschaftlich „ein Unterschied, ob der Bäcker in Sachsen 3.000 Euro mehr Energiekosten hat als sein Kollege in Nordrhein-Westfalen. Bei Industrieunternehmen geht es schnell um Millionen.“ Die Netzentgelte müssten in Deutschland solidarisch aufgebracht werden, um den Osten spürbar zu entlasten.

Noch ein zweiter Aspekt zeigt, dass die Energiewende nicht an hohen Strompreisen schuld ist. Während die Stromrechnung offenlegt, welcher Preisanteil für sie verwendet wird (EEG-Umlage), bleibt unklar, welche Kosten die konventionelle Stromerzeugung verursacht. Das Forum für Ökologisch-soziale Marktwirtschaft berechnet dafür jährlich eine fiktive Umlage. Die EEG-Umlage betrug 2015 6,17 Cent, die für konventionelle Kraftwerke hingegen 11 Cent! Die Nutzung von Steinkohle, Braunkohle und Atomenergie hat seit 1970 mehr als 600 Milliarden Euro Steuergeld gekostet, die der erneuerbaren bisher nur 100 Milliarden Euro. Die Kostenposten sind zahlreich: Finanzhilfen für Forschung und Entwicklung in Bergbau, Kraftwerken und CCS-Technik, Bergbausanierung, Stilllegung von Kernkraftwerken, Endlager-Suche, Steuervergünstigungen, Ausgaben für Unfälle, Bergsenkungsschäden, Umsiedlungen, Castor-Transporte, Katastrophenschutz etc., von den Klimafolgekosten ganz zu schweigen. „Die erneuerbaren Energieträger sind nicht die ‚Preistreiber‘ der Stromversorgung, sondern sie ersetzen Energieträger mit viel höheren Folgekosten“, so Böhme. Langfristig sollten die Überkapazitäten verschwinden. Strom sollte dort produziert werden, wo er gebraucht wird. Das schont die Umwelt und den Geldbeutel.



Scheel wechselt, Jalaß kommt

Wechsel in der Linksfraktion: Finanzexperte Sebastian Scheel, seit 2004 im Landtag und zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, wechselt nach Berlin. Dort wird er Staatssekretär für Wohnen und folgt auf Andrej Holm, der wegen Stasi-Vorfällen seinen Posten räumen musste. Scheel blickt zurück und voraus: „Ich bin dankbar für viele erfüllte Jahre, in denen ich in Sachsen politisch wirken durfte. Nun freue ich mich auf die neue Herausforderung und werde mit aller Kraft die Reformvorhaben der rot-rot-grünen Regierung unterstützen, damit in Berlin das linke Herzensanliegen einer sozialen Wohnungspolitik umgesetzt wird. Ich würde mich über eine weitere Zusammenarbeit mit Andrej Holm freuen.“

Für Scheel nachrücken wird René

Jalaß (Bild). Der 34-jährige Sozialpädagoge stammt aus Leipzig. Nach dem Abschluss seines Studiums der sozialen Arbeit war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landtagsabgeordneten Enrico Stange und des Bundestagsabgeordneten Axel Troost, bevor er 2015 ins Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wechselte. Dort war er Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und leitete später das Ministerbüro.



Termine

„Von schwarzen Männern und weißen Frauen“: Diskussion über Rassismus und Sexismus

10. März, 17 Uhr, riesa efa, Wachsbleichstraße 4a, Dresden

Themenabend: „Die Kurdische Kommune in Sachsen als Partnerin für Integration – Erfahrungen, Beitrag und Wege“

21. März, 14 Uhr, Sächsischer Landtag, Lobby 4. Etage

„Soziale Absicherung von Selbstständigen neu gestalten“

21. März, 18 Uhr, Sächsischer Landtag, Raum A400

Veranstaltungsinfos: gleft.de/1Br

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag